

HOHLSPIEGEL

Nachdem der Direktor des Schweinfurter Humboldt-Gymnasiums angeordnet hatte, daß morgens vor Schulbeginn Lehrer den Haupteingang und Schüler den Hintereingang benutzen müssen, mauerten Unbekannte nachts den Schülereingang zu. Der Direktor ließ die Mauer abreißen, alarmierte die Kriminalpolizei und beharrte auf seiner Verfügung.

Aus einer vom Kassenleiter des Finanzamts im westfälischen Bünde erlassenen „Anordnung für die Bergung der Zahlungsmittel und Kassenbücher bei Gefahr“: „Für Fälle akuter Gefahr erhält jeder Bedienstete der Finanzkasse eine fünf Meter lange Schnur, die in einem verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift: 'Inhalt fünf Meter Schnur, nur bei Gefahr öffnen!' in der linken unteren Schublade aufzubewahren ist.“

Um sich beim Ableben von Vereinsmitgliedern die — mühsame — Suche nach einem geeigneten Redner für die Trauerfeier zu ersparen, bestellte der Vorstand des Fußball-Clubs Bayern Hof einen vereinseigenen „Grabredner“. Trauerfunktionär: CSU-Stadtrat und Polizeiamtmann a. D. Heinrich Hartenstein, 73.

Die baden-württembergische Glaser-Innung fügte Einladungen zur „17. Jungglasertagung“ in Neustadt an der Weinstraße einen Stadtplan bei, auf dem auch die Lage von NSDAP, SS und Gauleitung angegeben war. Den Veranstalter, die für die Herstellung des Plans vom Verkehrsamt der Stadtverwaltung ein Klischee erbitten hatten, war eine Druckvorlage aus dem Dritten Reich ausgehändigt worden.

Nachdem Charles de Gaulles Protokollabteilung bei einer Überprüfung der Vorbereitungen für den Besuch des Staatspräsidenten in Lille erfahren hatte, daß die Gastgeber bei einem Bankett als Vorspeise Hummer „à l'américaine“ servieren wollten, wies sie die Stadtverwaltung in Lille an, ein anderes Hors d'œuvre auszuwählen. Vom Elysée-Palast gebilligter Ersatz: Hummer mit „sauce tartare“.

Um zu verhindern, daß immer mehr südvietnamesische Mädchen um Beschäftigung in den — derzeit von 8000 Gastgewerbetreibenden belegten — Freudenhäusern von Saigon nachsuchen, brachte die Abgeordnete Tran Kim Thoa im Stadtparlament einen Gesetzentwurf ein, wonach die militärischen Verbündeten Südvietnams künftig den Prostituierten-Bedarf ihrer Soldaten importieren sollen. Der Stadtrat wies den Antrag als „unrealistisch“ ab.

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2 Hamburg 1, Pressehaus, Telefon 33 95 91, Fernschreiber: 02/161 318, Telegrammadresse: Spiegelverlag, Postscheckkto.: Hamburg 7137

HERAUSGEBER

Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION

Claus Jacobi, Johannes K. Engel

STELLVERTRETER

Conrad Ahlers, Leo Brawand, Walter Büsse
Hans Dieter Jaene, Georg Wolff

REDAKTION

Rudolf Austenfeld, Uwe Bahnsen, Horst Bausch, Rolf Becker, Kurt Blauhorn, Carl-Gideon von Claer, Manfred Eichhöfer, Helner Emde, Rudolf Glismann, Walter Gloede, Dieter P. Grimm, Dr. Helmut Gummior, Werner Harenberg, Manfred W. Hentschel, Heinz Höhne, Dr. Alexander von Hoffmann, Eberhard Hollweg, Manfred Igogelt, Axel Jeschke, Josef A. Klessinger, Siegfried Kogelfranz, Manfred Kohnke, Klaus Krüger, Karl-Heinz Krüger, Albrecht Kunkel, Dietrich Lachmund, Alexander E. Lang, Heinz Lohfeldt, Helmut Maier, Dr. Wolfgang Malanowski, Johannes Mathiesen, Ingeborg Molle, Rolf S. Müller, Jürgen Petermann, Dr. Karl Poerschke, Jürgen Pötschke, Dr. Heinz Pöhl, Wolfgang Polzin, Hermann Renner, Dr. Rudolf Ringguth, Dr. Fritz Rümmler, Hans Schmelz, Felix Schmidt, Hans-Joachim Schmoll, Hans-Joachim Schöps, Wolfgang Söthner, Helmut Sorge, Karlheinz Vater, Hermann Zolling

BILD UND GRAPHIK
Eberhard Wachsmuth

SPIEGEL-PHOTOS • SCHAUBILDER
Max Ehler • Jürgen Wulf

REDAKTIONSVERTRETUNGEN INLAND

Berlin: Heinz Tiede, Berlin 30, Europa-Center, 6. Stock, Tel. 13 13 7079, FS 01/84704 • Bonn: Hans-Rüdiger Schneider, Ernst Goyke, Peter Koch, Erich Naumann, Hans Gerhard Stephani (Politik); Erich Böhme, Helmut Gassmann (Wirtschaft), Dahlmannstraße 20, Tel. 2 40 31, FS 08/86630 • Düsseldorf: Ferdinand Simonelt, Gerd Brüggemann, Günter Rau, Kreuzstraße 20/22, Tel. 36 30 66/67/68, FS 08/58718 • Frankfurt a. M.: Hans Hermann Mans, Dr. Gisela Oehlert, Horst Stübbling, Peter Thelen, Jahnstraße 45, Tel. 55 94 17, FS 04/13009 • Hannover: Wolfgang Becker, Stiftstraße 13/14, Tel. 2 69 39 • Kiel: Rudolf Asmus, Wall 46, City-Haus, Tel. 5 12 66/67 • Mainz: Peter Adam, Große Langgasse 16, Tel. 2 61 61, FS 04/187507 • München: Otto von Loewenstein, Sophie von Behr, Hans Schwenk, Schwannthalerstraße 2-6, Tel. 59 47 24, FS 05/22501 • Stuttgart: Alexander Veil, Eugenstraße 9, Tel. 24 22 18, FS 07/22673

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

New York: Kurt J. Bachrach-Baker, N. Y. 10016, 315 Lexington Avenue, Tel. Murray Hill 9-7400 • London: Dr. H. G. Alexander, W 14, 56 North End House, Tel. EMPress 0293 • Paris: Dr. Dieter Wild, 17, Avenue Maitland, Tel. Alma 1211, FS 27079 • Moskau: Igor Witsnos, Hotel Berlin (Zimmer 430), Tel. B 5 21 04 • Rom: Dr. Günther Zacharias, Via Riccardo Zandonai 9/11, Tel. 32 02 11 • Wien: Dr. Inge Cyrus, Telekygasse 13 (XIX), Tel. 36 15 92 • Brüssel: Rik H. Kamer, 61, Avenue de Teruren, Tel. 33 13 71, FS 222207 • Zürich: Ludwig A. Minelli, 8024 Zürich, Tel. 74 26 66, FS 55504 • Jerusalem: Rolf W. Schloß, P. O. B. 7118, Tel. Nathania 3670

DOKUMENTATION

Jürgen Bergerder, Ingrid Braun, Lisa Busch, Armin Dirks, Wolfgang Fischer, Wolfgang Geywitz, Dr. Georg Gross, Iris Hamel, German Hausknecht, Hartmut Heidler, Hans-Joachim Heinze, Helde Hensel, Jürgen Holm, Heinz Klatte, Willi Krause, Leonore Lohse, Günther von Maydell, Rainer Mehl, Karl-Heinz Schaper, Carl-Heinz Schlüter, Walther von Schultendorff, Werner Siegert, Robert Splering, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Alfred Wüste

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO

VERLAGSDIREKTOR

Hans Detlev Becker

Verlagsgeschäftsstellen: Berlin 30, Schöneberger Ufer 59, Tel. 13 14 81, FS 01/83867 • Düsseldorf, Immermannstraße 15, Tel. 36 05 53, FS 08/582737 • Frankfurt a. M., Friedrichstraße 59, Tel. 72 04 36, FS 04/11252 • Hannover, Stiftstraße 13/14, Tel. 2 78 35/36, FS 09/22319 • München 8, Maria-Theresia-Straße 11, Tel. 44 44 56, FS 05/24601 • Stuttgart 5, Alexanderstraße 63, Tel. 24 67 56, FS 07/22216

RÜCKSPIEGEL

ZITATE

Das Zentralorgan der Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten, „Einigkeit“:

Es bedarf keiner prophetischen Begabung, um vorauszusagen, daß die Haltung der Gewerkschaftsbewegung zu den Notstandsgesetzen im Mittelpunkt des (bevorstehenden DGB-)Kongresses stehen wird... Dieses Problem brennt uns unter den Nägeln. Der SPIEGEL hat in einem umfangreichen Artikel aus der Feder seines Herausgebers mehr Material über den gegenwärtigen Stand der Vorbereitungen zu der Notstandsgesetzgebung veröffentlicht, als bisher aus anderen Quellen einschließlich des für die Bundesrepublik federführenden Bundes-Innenministeriums zu erfahren war. In dieser Veröffentlichung sind aber auch die unserer demokratischen Ordnung drohenden Gefahren deutlich geworden.

Professor Dolf Sternberger in der „Frankfurter Allgemeinen“ zu der Ansicht des Bundesverfassungsrichters Professor Leibholz, gegen die staatliche Finanzierung von Parteien (SPIEGEL 18/1966) habe sich eine „unheilvolle Allianz zwischen Liberalen und Antidemokraten“ erhoben:

Dieser öffentliche Ausspruch ist dem Richter Leibholz zum Verhängnis geworden. Die Offenheit und das Temperament können uns für ihn einnehmen, die Verblendung und der tendenziöse Vorgriff haben ihn wohl im Kreise seiner Kollegen isoliert... Wen mag er mit den „Liberalen“ gemeint haben? Gewiß nicht die FDP, die ja selber dem Kartell zugehört. Es bleiben nur die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und der SPIEGEL.

Der SPIEGEL berichtete...

...in Nr. 26/1966 BUNDESWEHR — GEWERKSCHAFTEN über einen seit Monaten schwelenden Zwist zwischen dem Bundesverteidigungsministerium und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, die sich Anfang 1965 verstärkt bemüht hatte, unter den 125 000 Berufssoldaten Mitglieder anzuwerben. Das Verteidigungsministerium verbot der ÖTV, was es der Berufssoldaten-Organisation „Deutscher Bundeswehr-Verband“ zugestehet: Werbung innerhalb militärischer Anlagen. Die ÖTV beschwerte sich daraufhin beim Bundeskanzler, das Ministerium unternehme „alle Anstrengungen, um die gesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit der Berufssoldaten einzuschränken“, und kündigte an, sie werde bei Nichterfüllung ihrer Wünsche das Bundesverfassungsgericht anrufen.

△ Am 5. August reichte die Gewerkschaft in Karlsruhe eine Verfassungsbeschwerde gegen Verteidigungsminister von Hassel ein und bat das Gericht, schon vor Erschöpfung des Rechtsweges zu entscheiden, da die Verfassungsbeschwerde von allgemeiner Bedeutung sei. Durch die Einschränkung der freien gewerkschaftlichen Betätigung während der Dauer eines voraussichtlich mehrere Jahre in Anspruch nehmenden Rechtsstreites würden ihr außerdem schwere Nachteile entstehen, weil sie entweder auf jede nachdrückliche Betätigung in der Bundeswehr verzichten oder entgegen ihrer Absicht Unruhe in der Bundeswehr verursachen müßte. Der zuständige Ausschuß des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts kam, ohne sich zur Sache selbst zu äußern, zu der Auffassung, daß erst der Verwaltungsrechtsweg ausgeschöpft werden muß.